



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 33
Fernschreiber 0836890

P/XIII/14 - 17. Januar 1956

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Hier irrt das Verteidigungsministerium Bewusste Täuschung der deutschen Öffentlichkeit Von K.G. Ritzel, MdB	77
3 - 4	Der Kampf um das Sahara-Öl Die zweite Front	65
5 - 6	Chemikalien in Lebensmitteln Reform des Lebensmittelrechts dringend notwendig Von Käthe Strobel, MdB	92
7	Wir brauchen eine Aktivierung der Ostpolitik Die Mahnung aus Harburg	42

* * * * *

Hier irrt das Verteidigungsministerium

Von H.G. Ritzel, MdB

Vor kurzen ging durch die bundesdeutsche Presse die Mitteilung, dass die Bundesregierung mit den Ländern wegen der Anlage von Nike-Basen verhandeln und gemeinsam mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern entscheiden wolle. Diese Verhandlungen erfolgen offensichtlich ohne Rücksicht auf das gleichzeitige Bestreben auf Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, in die auch das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen wäre. Das Bundesverteidigungsministerium, das sich seither schon durch eine erfolgreiche Vernebelungstaktik ausgezeichnet hat, steht in immer stärkerem Masse der Tatsache gegenüber, dass in lokalen Körperschaften bis tief in die Reihen der CDU hinein eine ablehnende Haltung gegen die Anlage von Raketenbasen eingenommen wird. So haben z.B. lokale Behörden in Unterfranken gegen die Absicht, im Raume Miltenberg/Klingenberg eine Raketenbasis zu errichten, scharf protestiert und das Bundesverteidigungsministerium zieht offensichtlich aus solchen Ereignissen den Schluss, dass es notwendig sei, die wegen der drohenden Gefahren aufgeregten lokalen Instanzen zu beruhigen. In einer am 11. Januar 1958 erschienenen Pressenotiz heisst es:

"Zu den Befürchtungen, die insbesondere von den Kommunen wegen der Anlage von Raketen-Flak-Einrichtungen - zu denen auch Radarstationen gehören - geäussert wurden, erklärte das Ministerium, es sei ein weit verbreiteter Irrtum, anzunehmen, dass solche Anlagen primäre Bombenziele eines möglichen Angreifers darstellen. Vielmehr müsse damit gerechnet werden, dass beim heutigen Stand der Waffentechnik der Gegner vor allem Zerstörungen von Objekten mit rüstungswirtschaftlicher Bedeutung anstrebe."

Hier irrt das Verteidigungsministerium und - wie ich sagen möchte - es irrt bewusst. Alle Erfahrungen zeigen, dass die Ausschaltung einer Angriffs- und Verteidigungswaffe im Kriegsfall das primäre Ziel bleibt und bleiben muss und dass der auf dem Vormarsch befindliche Gegner daran interessiert ist, Objekte von rüstungswirtschaftlicher Bedeutung nach Möglichkeit nicht zu zerstören. Wenn es trotz aller bitteren Erfahrungen, die das deutsche Volk gemacht hat, noch eines Beweises bedarf hätte, so würde dieser Beweis in einem Bericht von James Michener zu sehen sein, der Gelegenheit hatte, hinter die Kulissen des SAC (Strategic Air Command) zu sehen und der über die Vorbereitung dieser hochqualifizier-

17. Januar 1958

ten amerikanischen strategischen Luftwaffe berichtet, dass sie darauf gedrillt wird, Raketenabschussbasen zu bekämpfen. Was für die Amerikaner gilt, gilt auch für die Russen.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels, technische Details aus dem Bericht von James Michener zu wiederholen, sondern es ist die Aufgabe dieser Betrachtung, den offensichtlich neuen Vernebelungsversuch des Verteidigungsministeriums aufzuhehlen. Wo eine Raketenabschussbasis errichtet wird, entsteht für die ganze Umgebung im weitesten Sinne erhöhte Gefahr. Das Streben nach einer atomwaffenfreien Zone gewinnt in solchen Fällen greifbare Bedeutung: die drohende Vernichtung wird sich hier in massierten Angriffen am stärksten auswirken! Es ist durchaus verständlich, wenn sich Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäte und Kreistage dagegen wehren, dass ihre Heimat im Ernstfalle Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit des Angreifers wird, d.h. in erster Linie konzentrierten Bombenangriffen und den Angriffen ferngeleiteter Geschosse ausgesetzt wird.

Die Abwehrwelle, die in der deutschen Volke gegen die beabsichtigte Errichtung von Raketenbasen mit vorgesetzten Radarstationen entstand, ist durchaus verständlich und das Bundesverteidigungsministerium würde gut daran tun, derartige Vernebelungsversuche künftig zu unterlassen. Das deutsche Volk ist leiderfahren genug und besitzt aus jüngster Vergangenheit genügend Vergleichsmöglichkeiten, um den Wahrheitsgehalt amtlicher Behauptungen zu überprüfen. Das Verteidigungsministerium liefert mit seiner Nebeltekstik ungewollt die beste Begründung für das von der deutschen Sozialdemokratie getragene Verlangen, durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone dem Gebiet der Bundesrepublik und damit auch dem Gebiet der Sowjetunion den relativ besten Schutz zu gewährleisten, der überhaupt denkbar ist.

Es ist nützlich, in diesem Zusammenhang wieder einmal darauf hinzuweisen, dass es im Zeitalter der Atomwaffen den Begriff der Verteidigung im herkömmlichen Sinne nicht mehr gibt und dass sich eine verantwortungsbewusste Politik an dieser Tatsache zu orientieren hat. Solange die Gefahr der Verhinderung von Atomwaffen nicht überhaupt gebannt ist, bleibt es bei den Ankündigungen, die auch von NATO-Seite erfolgt sind, wonach im Kriegsfall das mögliche Aufmarschgebiet des Gegners durch eigene Atomschläge für den Vormarsch unbrauchbar gemacht werden wird. Damit erhält die Behauptung von der Verteidigung des deutschen Bodens ein ganz anderes Gesicht: Wenn durch Atomschläge der zum Vormarsch aussehene deutsche Boden benutzungsunfähig gemacht wird, schwindet jeder Gedanke an eine wirkliche Verteidigungsmöglichkeit. * * * - 3 -

Der Kampf um das Sahara-Öl

H.E.D. Während sich in Algerien F.L.K. und französisches Militär bis aufs Messer bekämpfen, entsteht weiter südlich, in den Stein- und Sandwüsten der Sahara eine unsichtbare 'zweite' Front. Der Kampf an dieser Front ist nicht weniger unerbittlich als der, den Europäer und Mohammedaner an den Ufern des Mittelmeeres austragen. Nur die Partner und Gegner sowie die Ziele, um die es geht, sind andere. Nicht die Unabhängigkeit der Algerier oder etwa der Tuaregs in der Sahara soll erfochten oder unterdrückt werden, an der zweiten Front wird um das Öl gekämpft. Seit die Kunde von den unerschöpflichen Ölvorkommen in der Sahara um die Welt ging, setzte ein 'run' der Ölgesellschaften ein. Nicht nur die Amerikaner, sondern auch Engländer, Italiener und nicht zuletzt die Franzosen, die 'Eigentümer' der Sahara, versuchten, sich diesen Schatz zu sichern. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass alsbald ein heftiger Kampf unter den Ölgesellschaften ausbrach. Während es noch gar nicht einmal feststand, ob sich die Ansicht der Ölwissenschaftler überhaupt bewahrheiten würde, die Sahara sei ein einziger Ölsee, setzte hinter den Kulissen der westlichen Allianz ein Tauziehen um die fettesten Anteile am neuen Reichtum ein.

Die Franzosen gründeten in aller Eile ein halb staatliches, halb privates Unternehmen, um die Bohrungen in der Sahara in Angriff zu nehmen. Der König von Marokko, dessen Regierung territoriale Ansprüche auf den westlichen Teil der Sahara erhebt, protestierte gegen die Arbeiten der französischen Prospektoren und Ingenieure. Es gelang ihm, durch Vermittlung der amerikanischen Erdölgesellschaft "Standard Oil" die USA zu bewegen, in vorsichtiger Weise die Regierung in Paris auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, dass eines Tages sich Rabat de facto in den Besitz des umstrittenen Saharagebietes setzen könnte. Die USA würden in diesem Falle ihrem französischen Nato-Partner keine Hilfestellung leisten. Dieser Schutz vor den Bug genügte, um amerikanischen Finanzleuten Zutritt in das französische Konsortium zu gestatten.

Damit war es aber nicht genug. Die italienische staatliche Erd-

17. Januar 1958

Ölgesellschaft ENI, deren robuster Boss, der ehemalige christdemokratische Abgeordnete Enrico Mattei, schon einmal die westliche Erdölallianz durch seinen Alleingang im iranischen Öl empfindlich gestört hatte, hatte sich auch das Ohr des marokkanischen Königs zu verschaffen gewusst. Es gelang ihm, Bohrrechte in 'Südmarokko' zu erhalten. Nun weist jeder, dass der Begriff 'Südmarokko' sehr dehnbar ist und sich in etwa mit dem von Rabat reklamierten Territorium Westsahara deckt.

Vor wenigen Tagen nun überraschte Signore Mattei die Öffentlichkeit mit der Nachricht, die 'American Overseas' - Gesellschaft habe es zuwege gebracht, dass Italien ein schon fast abgeschlossener Kontrakt mit Lybien über Bohrrechte in Ost-Lybien auf eine Intervention der USA gekündigt worden sei. Der italienische Ölgewaltige fügte hinzu, "Italien werde mit allen Mitteln seine Ölinteressen im Mittelmeer und im Nahen Osten verfolgen, wo immer sich eine Chance bieten würde". Niemand wird von nun an vor Überraschungen bewahrt bleiben. Ob sich unter diesen Aspekten die Vorschläge der OEEC über einen gemeinsamen Erdöl-Pool zur Vermeidung eines Engpasses im Falle einer ähnlichen Krise wie am Suez-Kanal realisieren können, ist mehr als zweifelhaft. Und es besteht die berechtigte Frage, ob nicht auch eine Reihe der Angriffe der sogenannten 'Befreiungsarmee des Südens' in Marokko auf das Konto eiferstüchtiger Ölkonzerne geht.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen in Rom verlautet, steht die ENI im Augenblick in Unterhandlungen mit japanischen Ölkonzernen über eine gemeinsame Ausbeutung bestimmter Ölfelder in Saudi-Arabien. Der zur Zeit in der saudiarabischen Hauptstadt Er Riad weilenden japanischen Delegation ist es gelungen, neben Bohrrechten auch die Konzession zur Errichtung einer Raffinerie zu erhalten. Was das bedeutet, können sich die USA und Grossbritannien an fünf Fingern abzählen. Es wäre der erste Schlag gegen das Raffineriemonopol der Anglo-Amerikaner im Mittleren Osten. Man wird mit Aufmerksamkeit die weiteren Vorgänge verfolgen müssen.

Chemikalien in Lebensmitteln

Von Käthe Strobel, MdB.

Durch mehrere Prozesse wurde die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, in wie grossem Umfange heute Chemikalien bestimmter Lebensmittel beigelegt werden, um diesen ein "schöneres" Aussehen zu geben. Die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Käthe Strobel, die führend an den Arbeiten zur Reform des Lebensmittelrechts beteiligt ist, hat in der "Gleichheit" zu diesem Thema Stellung genommen.

Die "kochende Front" hat man gelegentlich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages genannt, die sich mit besonderem Eifer der Reform des Lebensmittelrechts gewidmet haben. Das laise Lächeln, das Bemerkungen begleitete, die in diesem Zusammenhang fielen, war da und dort sogar "wohlwollend". Immer wieder bin ich in den Monaten, in denen die Novelle zum Lebensmittelgesetz beraten wurde, gefragt worden: "Glauben Sie denn, dass Sie das Gesetz durchbringen, es hat doch mächtige Gegner... Sie haben sich aber viel vorgenommen, ich fürchte, die Industrie ist stärker." Ein Kollege aus der CDU-Fraktion fragte mich sogar einmal: "Sagen Sie, wer verdient denn eigentlich soviel an der Sache, weil man so gegen die Reform ist?" Und ein anderer wollte von mir wissen, was eigentlich an dem Gesetz "dran" sei, weil so viele Abgeordnete in den Unterausschuss möchten.

Die beabsichtigte Reform hatte viel Staub aufgewirbelt. Presse und Rundfunk, vor allen Dingen viele Zeitschriften, brachten Veröffentlichungen von Ernährungswissenschaftlern, Fachleuten der antilichen Lebensmittelkontrolle und Untersuchungsanstalten, Ärzten u.a., die darauf aufmerksam machten, dass die in der Ernährungswirtschaft verwendeten Chemikalien und anderen Zusätze oder Behandlungsverfahren (Fremdstoffe) zum Teil gesundheitsschädlich sind, vor allem durch ihre unkontrollierte, oft unbekannte und summierte Aufnahme. Die Diskussion darüber, welche Stoffe dem Körper Schaden zufügen, ist seit Jahren in vollem Gange, nicht nur in der Bundesrepublik, vor allem auch in Amerika und auf internationaler Ebene. Die Feststellung, welche Stoffe gesundheitsschädlich sind, muss der Wissenschaft überlassen werden. Ihre Verwendung zu verbieten aber ist Aufgabe der Gesetzgebung.

In der Auseinandersetzung um die Reform des Lebensmittelrechts erschien in der Fachpresse der Ernährungswirtschaft zunächst eine Serie von Artikeln, welche die Auffassung vertraten, das jetzt geltende Gesetz reiche völlig aus, um die Verbraucher vor gesundheitlicher Schädigung zu schützen. Wer gesundheitsschädliche Lebensmittel herstellt, anbietet, verkauft, macht sich nach geltendem Recht strafbar. Aber die Schädlichkeit für die Gesundheit muss ihm erst nachgewiesen werden. Ist es aber nicht viel richtiger, man geht so vor, wie z.B. in Schweden. In Listen (die bei uns den Charakter von Verordnungen haben müssen lt. Grundgesetz) werden alle in der Ernährungswirtschaft gebrauchten Fremdstoffe zusammengefasst, die nach wissenschaftlicher Erkenntnis gesundheitlich unbedenklich sind. (Konservierungsmittel, Farbstoffe usw.) Sie können

verwendet werden. Alle anderen sind von der Verwendung ausgeschlossen. Wird ein neuer Stoff gefunden, kann er in diese Positiv-Listen aufgenommen werden, wenn nachgewiesen wird, dass er nicht gesundheitsschädlich ist. Der Verordnungsweg, der insbesondere von Juristen angegriffen wurde ist schon deswegen notwendig, weil diese Listen laufenden Änderungen zugänglich sein müssen, wenn der Fortschritt nicht gehemmt werden soll und weil es sich um viele Hunderte von Stoffen, Zusammensetzungen und Verfahren handelt. Es wäre zu unständlich, wenn immer erst das Gesetz geändert werden müsste.

In einem Teil der Veröffentlichungen anderer Kreise, vor allem der Lebensreformer, wurde verlangt, dass für die Hauptnahrungsmittel die Verwendung aller Chemikalien verboten wird, weil selbst verhältnismässig harmlose Fremdstoffe schädlich sind, wenn man sie täglich zu sich nimmt.

Bestrebungen, die Verwendung von Chemikalien bei den Hauptnahrungsmitteln auf die technisch unvermeidbaren Fälle zu beschränken, wurden auch dann von Interessentengruppen so hingestellt, als ob die "kochende Front" die Herstellung von Margarine, von Fischmarinaden u.a. unterbinden bzw. erschweren wollte. Da man anscheinend eingesehen hatte, dass sich die bei der Reform arbeitenden Abgeordneten nicht beirren lassen, versuchte man ihre Absichten zu diffamieren bzw. lächerlich zu machen und behauptete, dass bei der Konstellation des Gesetzes auch Stoffe, die "harmlos", ja "zutraglich" seien, nicht verwendet werden dürfen.

Ganz besonders wehrte sich die Industrie gegen den beabsichtigten Zwang zur Kennzeichnung der verwendeten Stoffe und gegen die Bestimmung, dass verbotene Fremdstoffe auch an die Hausfrauen nicht verkauft werden dürfen. Man hat diese Bestimmungen als zu perfektionistisch bezeichnet und ihre Durchführbarkeit bezweifelt.

In anderen Ländern funktioniert der Zwang zur Kenntlichmachung tadellos und die Hausfrau weiss, was sie kauft. An den vielen kleinen Mitteln, die man der Hausfrau anbietet, scheint allerhand verdient zu sein, weil man sich diese Möglichkeit so gern erhalten möchte. Binmehlfemittel wie Salizylsäure, Phosphate für die Herstellung von Wurst, Hormonpräparate für die Tierfütterung u.a. mehr könnten dann allerdings nicht mehr verkauft werden.

Wie verlautet, beabsichtigt Österreich eine Farbenverordnung zu machen, die sich auf die Arbeiten der deutschen Forschungsgemeinschaft stützt, deren Erkenntnisse und Ergebnisse auch dem deutschen Gesetz und den darauf beruhenden Verordnungen zu Grunde gelegen haben. Auch in Österreich ist der Beweggrund für die Verordnung, dass durch die zunehmende Verwendung von Chemikalien bei der Lebensmittel- und -verarbeitung unkontrollierbare Gesundheitsschädigungen für die Verbraucher herab beschworen werden. Es ist bestimmt keine übertriebene Forderung, wenn man verlangt, dass die Volksgesundheit allen wirtschaftlichen Interessen vorgehen muss.

Der dritte Deutsche Bundestag wird um die Reform des Lebensmittelrechts nicht herumkommen!

+ + +

Wir brauchen eine Aktivierung der Ostpolitik

sp- Ein Kernstück der Regierungserklärung Bürgermeister Brauers vor dem Hamburger Senat war die Forderung, vor allem an Bonn gerichtet, die deutsche Ostpolitik zu aktivieren. Um was es dabei für Hamburg geht, kann mit einer Zahl schlagartig beleuchtet werden: Hamburgs Hafenumschlag liegt trotz Vollbeschäftigung und Wirtschaftswunder nur um 20,4% über dem Hafenumschlag des Jahres 1936. Amsterdam, Rotterdam und Bremen hingegen übertreffen den Umschlag des Jahres 1936 um volle 100%. Im vergangenen Jahr ist der Güterumschlag in Hamburg um rund 900 000 t zurückgegangen; zu 2/3 erklärt sich dieser Rückgang durch den Ausfall von 650 000 t Transit-Gütern für die Sowjetzone und die Tschechoslowakei. Das sind für Hamburg alarmierende Zahlen. Die Beraubung der Hälfte eines Hinterlandes ist für die Zukunft umso empfindlicher, als die Antriebstendenzen in der Weltkonjunktur im starken Rückgang sind. Die grösste Stadt Westdeutschlands muss jedoch offene Tore nach allen Seiten haben, wenn sie ihren Rang als Weltstadt und ihre Bedeutung als Umschlagplatz für den Westen und für den Osten erhalten oder wieder zurückgewinnen soll.

Gewiss ist es nicht Aufgabe der Länder oder der Stadt-Staaten, Aussenpolitik auf eigene Faust zu betreiben. Diese bleibt die Domäne des Bundes. Aber wenn sich die Folgen aussenpolitischer Unterlassungen so schwerwiegend auswirken, wie es in Hamburg der Fall ist, dann ist es nur die Pflicht des gewählten Repräsentanten dieses Stadt-Staates als Rufer und Mahner für eine neue Ostpolitik aufzutreten. Bürgermeister Brauer tat dies in seiner Regierungserklärung mit der unüberhörbaren Forderung, die erstarrte Aussenpolitik aufzulockern und sie durch neue geschmeidigere Methoden zu ersetzen. Der Ruf nach Ausweitung des Osthandels ist gewiss keine Sympathieerklärung für den Kommunismus und sein Regierungssystem. Aber er entspricht den geographischen und handelspolitischen Notwendigkeiten; er entspricht der Hamburger Tradition, die von jeher stets darauf bedacht war, den Handel mit den östlichen und südöstlichen Ländern zu pflegen.

Die Regierungserklärung des von Sozialdemokraten und Freien Demokraten geführten Hamburger Senats zeugt von einem kräftigen in die Zukunft weisenden und nicht nur auf Hamburg allein bezogenen Gestaltungswillen. Sie atmet einen Geist, eine Weltoffenheit und einen Willen zur Zusammenarbeit, der im deutlichen Widerspruch steht zu der letzten Kundfunktade des Bundeskanzlers. Während Hamburg auf die Überwindung des eisernen Vorhangs drängt, versperrt sich Adenauer allen Möglichkeiten einer Auflockerung der Ostpolitik, wie sie etwa durch die Annahme des Rapacki-Planes eintreten würde. Er hält Raketen und Atomwaffen für wichtiger als deutsche Schiffe, die deutsche Waren in alle Teile der Welt transportieren.

Verantwortlich: Günter Markacheffel